



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten


Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Christentum und die soziale Frage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Christentum und die soziale Frage


 in wunderliches Gewirr von Meinungen wogt in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Büchern durch einander, wenn die Stellung des Christentums zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen unsrer Zeit erörtert wird. Die Regierung will die Religion durch Gesetze schützen, ein Gedanke gleich dem, einen mathematischen Lehrsatz oder ein philosophisches System durch die Polizei zu stützen. Politische Parteien verbünden sich aufs engste mit dieser oder jener Kirche, wobei es nur fraglich bleibt, ob die Partei die Kirche oder die Kirche die Partei tragen und fördern soll, oder ob beide Wünsche zusammenkommen. Weite Kreise sehen es als selbstverständlich an, daß das Christentum und die Kirche die bestehenden Ordnungen stützen und gegen die Sozialdemokratie kämpfen müßten. Als Professor Kaftan auf dem vierten Evangelisch-sozialen Kongreß sagte, daß mit dem Christentum jede wirtschaftliche Ordnung verträglich sei, nahm der Hannoversche Courier das zum Anlaß, dem Kongreß Umsturzbestrebungen nachzusagen. Und solche Gedanken finden innerhalb der Kirche ihren Wiederhall. Die preußische Generalsynode 1891 spricht davon, „daß die tiefgehenden Bewegungen der Gegenwart auf dem sozialen Gebiete den Bestand der Kirche ebenso wie die bürgerliche Gesellschaft bedrohten“; sie bittet darum das evangelische Volk, „dem Umsturz von Altar und Thron in Glaubensmacht entgegenzutreten.“ Die kirchliche Körperschaft hat hier doch wenigstens die herkömmliche Phrase „Thron und Altar“ umgekehrt. Das braunschweigische Konsistorium redet in einem Erlaß an Pastor Schall von dem Widerspruch der Fundamentalsätze der sozialdemokratischen Lehren mit der christlichen Ethik, der in seiner vollen Schärfe gewürdigt werden müsse. Die allgemeine lutherische Konferenz 1890 forderte, daß die Kirche zu dem Kommunismus, Re-

publikanismus und Atheismus der Sozialdemokratie verneinend, abwehrend und bekämpfend Stellung nehme.

Auch andre Stimmen werden laut, die der Kirche eine thätige Rolle im Kampfe zuschreiben. Schon 1864 begann der Bischof von Ketteler seine Erörterungen über diesen Punkt zwar mit dem allgemeinen Gedanken, „daß das Christentum und die Kirche nicht unmittelbar und durch äußere, mehr oder weniger mechanische Mittel auf die sozialen Verhältnisse einwirke“; aber er beschränkte diesen Ausdruck sofort, indem er hinzufügte, diese Einwirkung geschehe „zunächst und vorzüglich durch den Geist, den das Christentum dem Menschen einflößt.“ Darnach also und in zweiter Linie kommen doch andre Mittel, die die katholische Kirche reichlich und erfolgreich angewandt hat. Christentum und Kirche beanspruchen dort sehr wohl jenen unmittelbaren Einfluß und wissen ihn auszuüben. Der richtige Gedanke Kettelers ohne die spätere Einschränkung scheint in der protestantischen Kirche wenigstens theoretisch allgemein anerkannt zu werden; auf jedem Evangelisch-sozialen Kongreß betont man, daß das Christentum keine volkswirtschaftlichen Lehren enthalte und nicht unmittelbar auf die sozialen Verhältnisse einwirke. Trotzdem sagte Stöcker auf dem vierten Evangelisch-sozialen Kongreß, dem Christentum gebühre eine unmittelbare Gewalt über das wirtschaftliche Leben. Das Buch des Pastor Schall über die Sozialdemokratie und die Stellung der Kirche zu ihr zeugt trotz richtiger Einzelheiten von der herrschenden Verwirrung. Er kann nicht genug betonen, daß die Kirche der sozialen Frage gegenüber mehr thun müsse als Gottes Wort predigen und die Sakramente verwalten, aber in seinen positiven Forderungen, die der langen Kritik folgen, stimmt er mit denen überein, die sich auf jene beiden Stücke beschränken wollen. Auch die Aufsätze Raumanns, die kürzlich gesammelt erschienen sind, leiden an demselben Mangel. Professor Nathusius beklagt in dem ersten Bande seiner Schrift über die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage, daß es vielfach an einer genauen Fragestellung fehle. Er stellt dann selbst drei Fragen als entscheidend hin; wollten sich aber darnach die Einzelnen gruppieren, so könnte Nathusius mit Erstaunen Gegner, die er bekämpft, auf seiner Seite sehen. Raumann giebt auch die Verwirrung für seine Richtung zu: „Das Christlich-soziale ist eben in dem Stadium der Fragestellung.“

Ein Abweichen nach rechts oder links ist bei solchem Tasten und Suchen kaum zu vermeiden. Darin liegt aber für das Christentum eine große Gefahr. Mag es das einmal zu einer Stütze des Staates, zu einem Hilfsmittel politischer und sozialer Parteien werden, oder mag es das andermal selbst in sozialer Thätigkeit seine Stärke suchen, beides ist für das Christentum als Religion gleich gefährlich.

Das erste ist ebenso thöricht wie verderblich. Eine lebendige Religion kann niemals als Mittel zu andern Zwecken gebraucht werden, sie ist selbst

höchster und ausschließlicher Zweck; bleibt sie das nicht, so bleibt sie überhaupt nicht lebendig. Carlyle hat das aufs schärfste in den bekannten Worten ausgesprochen: „Denke dir einen Menschen, der seinen Mitmenschen empfiehlt, an Gott zu glauben, damit der Chartismus ins Hintertreffen komme und die Arbeiter in Manchester ruhig an ihren Spinnmaschinen bleiben. Diese Idee ist toller als die an irgend einer Plakatstange, die man bis jetzt auf einer öffentlichen Straße gesehen hat. Mein Freund, du wirst finden, daß aller Chartismus, alle Manchesterprozesse, die parlamentarische Unfähigkeit, die Windbeutelministerien, die wildeste soziale Auflösung, ja das Verbrennen des ganzen Planeten im Vergleich damit eine ungeheure Kleinigkeit sind. Ebenso gut könnte ich mir einfallen lassen, Milchstraßen und Sonnensysteme zu schaffen, damit kleine Heringschiffe sich darnach richteten, als deshalb Religion zu predigen, damit der Konstabler möglich bleibe.“ Carlyle hat die Vertreter solcher Ansichten sicherlich zu den „Teufelskindern“ schlimmster Art gerechnet. Das Christentum hat nur ein Ziel: ein Leben zu wecken, das nicht von dieser Welt ist; diesem Ziele muß sich alles andre unterordnen. Darum kann es nur gedeihen, wenn es um sein selbst willen ohne alle Nebengedanken gepflegt wird. Will man es andern Zwecken dienstbar machen, so verwelkt es; es ist und leistet dann gar nichts.

Ebenso gefährlich ist es, wenn sich das Christentum auf irgend etwas andres stützen soll als auf sein eigenstes inneres Wesen, auf die Kraft des göttlichen Lebens, die in ihm ist. Kingsleys bester Roman „Hypatia“ schildert meisterhaft die traurigen Folgen jedes solchen Versuchs. Sohm hat im ersten Bande seines Kirchenrechts die Unvereinbarkeit äußerer Rechtsmittel mit dem Wesen der Kirche dargethan; was er ausführt, gilt ebenso gegen jeden Versuch, die Kirche für eine besondere soziale Thätigkeit als ihre heutige Aufgabe in Anspruch zu nehmen.

Solche Gedanken werden ja auch von Männern der verschiedensten theologischen und kirchlichen Richtung betont; es wird kaum einen Theologen geben, der sie nicht theoretisch zugäbe. Aber in der Anwendung jener einfachen Sätze auf die Fragen unsrer Zeit zeigt sich unendlich viel Verwirrung und Unklarheit. Und doch sollte darin nicht viel Zweifel möglich sein. —

Das Christentum ist Religion, Gewißheit eines überweltlichen Lebens, dem das irdische Leben mit seinen Gütern dienen soll. Damit ist auch unmittelbar gegeben der Gegensatz von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Lüge. Das staatliche und soziale Gebiet wird der Christ stets als Mittel zu einem höhern ansehen und für seine Thätigkeit darin die Forderung des Rechten, Guten, Wahren in allem Thun und Lassen festhalten.

Aber die Religion giebt ihm nur Auskunft über das letzte Ziel des Menschenlebens und über das Verhältnis der irdischen Lebensgebiete zu dem höchsten Leben, sie giebt ihm, um einen gebräuchlichen Ausdruck anzuwenden,

nur religiöse und eng damit verbundene sittliche Wahrheiten. Dagegen ist jedes Gebiet irdischen Lebens und Wissens, abgesehen von jener religiösen oder sittlichen Beurteilung, selbständig in seiner Art; hier kann der Christ nur mit denselben Mitteln arbeiten und urteilen wie jeder andre auch. So hat auch das staatliche und wirtschaftliche Gebiet seine volle Selbständigkeit; der Christ kann sich da nur durch wissenschaftliche Kunde, durch Erfahrung u. a. sein Urteil bilden. Das Christentum enthält keine politischen oder wirtschaftlichen Forderungen; jede steht ihm gleich nahe und gleich fern. Es hat also auch keine unmittelbare Gewalt über das wirtschaftliche Leben.

Die Frage, wie sich das Christentum zu diesen oder jenen politischen und sozialen Bewegungen, Plänen, Parteien stelle, wird so gefaßt werden müssen: Streiten jene Richtungen gegen die religiösen und sittlichen Forderungen des Christentums? Dabei sind dann zwei Punkte zu beachten: Sind die Wege, die die Partei u. s. w. geht, sittlich berechtigt? und: Ist das Ziel, das sie auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet verfolgt, derart, daß es nicht gegen die religiöse Forderung verstößt, Mittel zum höchsten Zweck zu sein?

Prüfen wir hiernach eine viel erörterte Streitfrage, die Stellung des Christentums zur Sozialdemokratie. Die Partei hat politische und wirtschaftliche Ziele, die nach der Eigentümlichkeit dieser Gebiete behandelt werden müssen; das Christentum fällt darüber unmittelbar kein Urteil. Kann ein Christ mit jenen Zielen einverstanden sein, so darf er Sozialdemokrat werden, wenn diese Partei keine sittlich unberechtigten Mittel gebraucht. Die Entscheidung darf nicht nach dem Auftreten einzelner Agitatoren und Blätter, sondern sie muß nach dem gefällt werden, was die Partei als Partei thut und gut heißt. Dann bleibt von den vielen Vorwürfen nur eins übrig. Will die Sozialdemokratie einen gewaltsamen Umsturz, eine Revolution durch rechtswidrige Mittel? Zur Beantwortung giebt uns das Christentum keinen besondern Anhalt; dazu muß das vorhandne Material sachlich geprüft werden. Der Christ kann hier nicht anders urteilen als andre Menschen auch. Das Christentum wird also das Ergebnis der sachlichen Prüfung abwarten und darnach entscheiden. Nun muß aber auch der wildeste Gegner der Sozialdemokraten, wenn er unvoreingenommen die Stimmen prüft, zugeben, daß diese Frage auch unter ruhigen, ernstern Männern noch strittig ist. Jeder Christ muß hier nach seiner politischen Überzeugung entscheiden; wer die sozialdemokratische Partei von Gelüsten gewaltsamen Umsturzes freispricht — wie der Schreiber dieser Zeilen —, der wird sagen: Ich sehe hier keinen Grund, weshalb ich nicht Sozialdemokrat sein könnte; wer anderer Meinung ist, der muß sagen: Ich kann aus diesem Grunde nicht Sozialdemokrat werden. Beide werden sich aber in dem Urteil vereinigen: Ein Christ kann Sozialdemokrat werden, wenn er überzeugt ist, daß die Partei keine Revolution will. So mag ein Christ zu verschiedenen Zeiten ganz verschieden urteilen. Pastor Schall z. B.

denkt in seinem größern Werke 1893 in diesem Punkte ganz anders als in seinen Hamburger Reden 1894. Seine Stellung als Christ zur Sozialdemokratie mußte sich ändern mit seinem veränderten politischen Urteil. Ein solcher Wechsel ist vollkommen gerechtfertigt, ohne daß ihn ein Christ, der politisch anders denkt, mitmachen mußte.

Zu demselben Ergebnis kommt man, wenn man von einem Worte des Apostels Paulus ausgeht, das gern in dieser Frage gebraucht wird: „Jedermann sei unterthan der Obrigkeit.“ In den Kreisen, die die handliche Formel: „Thron und Altar“ geschaffen haben, setzt man einfach Obrigkeit gleich Monarch und verurteilt dann die Sozialdemokratie als Gegnerin der Monarchie, wie man mit demselben Beweisgrunde alle Liberalen verdammt hat und offen oder im geheimen noch jetzt verdammt. Allein da das Christentum keine politische Weisheitslehre ist, da es über Wert oder Unwert von Monarchie und Republik nichts aussagt, so werden wir den Begriff „Obrigkeit“ nicht so leicht hin bestimmen dürfen.

Was „Obrigkeit“ sei, kann nicht zu allen Zeiten gleich beantwortet werden. Als Paulus jenes Wort schrieb, war es der schrankenlose Absolutismus des römischen Cäsarentums; nach langen geschichtlichen Wandlungen ist es fast in ganz Deutschland die konstitutionelle Monarchie. Mag man diese nun näher bestimmen, wie man will, jedenfalls hat in ihr jeder Staatsbürger durch Pressefreiheit und allgemeines Stimmrecht unmittelbar oder mittelbar Anteil an der Regierung, und dadurch gehört er selbst mit zur Obrigkeit, sei es für sich allein, wie der Herrscher, oder mit andern zusammen, wie die Masse des Volks. Die Mahnung: „Jedermann sei unterthan der Obrigkeit“ fordert darum nicht nur Treue gegen den Herrscher, sondern ebenso sehr gegen die Verfassung, gegen das Band, wodurch alle einzelnen Teile des verwickeltesten Ganzen zur „Obrigkeit“ vereinigt werden. Wenn sich ein Teil der als „Obrigkeit“ verbundenen Mächte über die verfassungsmäßigen Schranken hinwegsetzt, so muß der Christ auf die Seite des Teils treten, der auf dem Boden der Verfassung bleibt. Daher kann jene Mahnung des Paulus jetzt ihre Spitze auch einmal nach einer andern Richtung kehren, als man gewöhnlich meint. Einer Verletzung der Verfassung, sei es durch einen Staatsstreich von oben, mit dem viele jetzt liebäugeln, sei es durch Aufruhr von unten, beidem soll der Christ entschieden widerstehen, indem er der verfassungsmäßigen Obrigkeit nach oben wie nach unten Treue hält. Das Christentum verurteilt unter unsern Verhältnissen absolutistische Bestrebungen wie Umsturzpläne, weil beide rechtswidrig und unsittlich sind. Auch der Herrscher gehört nur innerhalb des Rahmens der Verfassung zur Obrigkeit; setzt er sich über die gesetzlichen Schranken hinweg, so ist er ebenso wenig Obrigkeit wie ein aufrehrerischer Reichstag.

Diese Form der Obrigkeit, wie sie sich geschichtlich in der konstitutionellen

Monarchie ausgebildet hat, schließt auch die Möglichkeit einer Änderung durch das Zusammenwirken der Beteiligten ein. Jeder Staatsbürger, der eine Abänderung oder Umänderung der bestehenden Ordnung für notwendig hält, hat deshalb die Pflicht, die von der Verfassung gewährten Mittel zu benutzen, um jene Änderung durchzusetzen. Diese Pflicht hat der Christ gerade so gut, wie jeder andre Staatsbürger, weil er als Teil der Obrigkeit mit verantwortlich ist. Sei jene Änderung so radikal, wie sie wolle, das Christentum hindert ihn nicht, dafür einzutreten, wenn er nur dabei keine unsittlichen, ungesetzlichen Wege einschlägt. Hat ein Christ die Überzeugung, daß eine mehr demokratische Verfassung oder eine Republik unsre verwickelten Verhältnisse ordnen könne, so mag er ruhig dafür eintreten. Hält er eine Reaktion oder eine gründliche Umwälzung unsrer Wirtschaftsordnung für wünschenswert, das Christentum verbietet ihm nicht, dafür zu wirken. Darum sollte ein Christ nicht in gehöriger Form die Staatsordnung oder die wirtschaftlichen Grundlagen unsrer Gesellschaft angreifen dürfen? Darüber, ob er es thun soll, entscheidet nicht sein Christentum, sondern seine geschichtliche und seine politische Bildung; das Christentum hält ihn nur von einem rechtswidrigen, gewaltsamen Umsturz ab. Will den die Sozialdemokratie nicht, so kann ihr ein Christ ruhig angehören.

Doch ein Punkt ist bisher bei der Betrachtung der formellen Seite übergangen, während auf ihn vielfach großes Gewicht gelegt wird: die Irreligiosität und der Atheismus der Sozialdemokraten. Vor allem steht davon nichts in ihrem Parteiprogramm, und die atheistischen Führer dulden doch Christen unter sich. Der Satz „Religion ist Privatsache“ enthält, abgesehen von seiner verunglückten Form, den ganz richtigen Gedanken, daß die Religion nicht Staatssache sein soll. Das kann sie ja auch gar nicht. Wir brauchen nur wieder an Sohm zu erinnern. Zwang und Gesetze widersprechen dem Wesen des Christentums. Daß der sozialdemokratischen Partei so viele offene Atheisten angehören, kann doch kein Hindernis sein, mit ihnen wirtschaftliche Forderungen zu vertreten, wenn diese dem Christentum nicht zuwider sind. Sonst dürfte ein Christ schwerlich eine Partei finden, der er sich anschließen könnte, denn jede schlägt in ihrem Gebahren oft dem Christentum ins Gesicht; wenn sie das nur nicht von ihren Gliedern verlangt, was viele in ihr und für sie thun. Daß jemand offen als Atheist auftritt und wirkt, ist eine viel geringere Gefahr für das Christentum, als daß so viele im öffentlichen Leben das Christentum aus Zweckmäßigkeitsgründen ohne Überzeugung im Munde führen. Wenn es fast Mode scheint, daß Staatsbeamte in ihren Reden Christentum zur Schau tragen, wenn man nicht ganz mit Unrecht von einem „offiziellen preussischen Christentum“ redet, so ist das eine schwere Gefahr, der gegenüber Materialismus und Atheismus sozialdemokratischer Führer recht unschädlich erscheinen. —

Außer dem Wege, den eine Partei einschlägt, kommt für die Stellung des Christentums zu ihr die Frage in Betracht, ob das Ziel der Partei nicht gegen die Forderung der Religion streitet, daß alles Irdische ein Mittel zum höchsten Zweck sein soll. Diese Forderung schafft der christlichen Religion einen Hauptgegner, den Materialismus, der die äußern Güter zum höchsten Gute macht. Ihn wird sie bekämpfen, auch wo er sich in das Gewand politischer oder sozialer Wissenschaft kleidet. Überall muß das Christentum die sittliche und religiöse Forderung stellen: die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände müssen so gestaltet werden, daß sie die Entwicklung des höchsten, des religiösen Lebens im Menschen nicht hemmen. Freilich sind keine äußern Verhältnisse in stande, wirkliches religiöses Leben zu ersticken; es kann in der schwersten Not und unter dem härtesten Druck gedeihen — die Verfolgungen aller Zeiten sind ein herrlicher Beweis dafür. Dennoch wird eine freie Entwicklung dieses Lebens wie jedes geistigen Lebens von den äußern Verhältnissen beeinflusst. Es kann durch sie gehemmt und gefördert werden. Darum wird das Christentum in dieser Richtung an den bestehenden Einrichtungen Kritik üben.

Die Eigentums- und Erwerbsverhältnisse haben sich heute vielfach so gestaltet, daß der Druck leiblicher Not, die Unsicherheit der Beschäftigung u. a. alles höhere Leben in manchen Menschen unterdrückt. Dort legt das Christentum den Finger auf die Wunde und fordert Heilung. Wie aber geholfen werden soll, und wie weit das überhaupt möglich ist, darüber müssen Nationalökonomie, Politik, technische Erfahrung und vieles andre entscheiden, darüber kann das Christentum nichts sagen. Die einen fordern Rückkehr zur frühern Gebundenheit, die durch die vielen Freiheiten der Neuzeit zerstört worden ist; andre fordern Weiterbildung der bestehenden Ordnungen, die in ihrem Kern gut und am besten geeignet sind, den sittlichen Ansprüchen zu genügen; noch andre Entwicklung zum Kollektivismus; wieder andre Bodenreform, amorphem Kommunismus, und so fort. Vom christlichen Standpunkt aus kann man den Wert dieser Meinungen, die wie in einem Hexentessel durcheinanderbrodeln, nicht ohne weiteres bestimmen, dazu sind geschichtliche, nationalökonomische und andre Untersuchungen nötig. Je nach dem Ergebnis, zu dem ein Christ durch sie gelangt, wird er seine Stellung nehmen.

Manche glauben als Christen gegen den Kollektivismus auftreten zu müssen. So führte Professor Raftan auf dem vierten Evangelisch-sozialen Kongreß aus, irgend welches Eigentum sei in der Regel die Voraussetzung der persönlichen Freiheit und Selbständigkeit, ohne die es ein evangelisches Christentum nicht gebe, abgesehen von einzelnen Ausnahmen. Darum müßten Christen für das Privateigentum als einen wesentlichen Grundgedanken der bestehenden Gesellschaftsordnung eintreten. Nun würde aber selbst die Anarchie eines Proudhon oder Bakunin nicht Eigentum schlechtthin, sondern nur alles Eigentum

in seiner heutigen Form beseitigen; viel weniger darf man das dem zahmen Kollektivismus unsrer Sozialdemokratie vorwerfen.

Die Forderung einer Neugestaltung des Eigentums wird deshalb jetzt von vielen so eifrig verfolgt, weil sie meinen, daß das Privateigentum unsrer Gesellschaftsordnung vielen eine persönliche, selbständige Entwicklung unmöglich mache. Gerade was das Christentum fordert, ist der Kernpunkt der Eigentumsfrage in unsern Tagen. Wie kann das Eigentum so gestaltet werden, daß es mehr Gliedern unsers Volkes Anteil an höherem geistigen Leben ermöglicht? Diese Frage gewinnt der sozialdemokratischen Lösung des Problems Anhänger, die über jeden persönlichen Vorteil erhaben sind; diese Frage giebt dem Kampfe der Arbeiter einen geistigen Gehalt, der für die Bewegung mehr wirbt als die Gier materiellen Gewinns, die ja auch mitspielt. Das Christentum jedoch hat keine eigne, besondere Lösung der Frage. Ob eine gleichmäßigere Verteilung des Eigentums unter Bewahrung seiner heutigen Form genügt, hängt von wissenschaftlichen Untersuchungen ab, die vielleicht jetzt gar nicht zu einem sichern Ergebnis führen können. Das Christentum kann unmöglich eine solche Lösung, die von andern wieder bestritten wird, als besonders christlich bezeichnen, denn es sind ja nur volkswirtschaftliche Gründe, die gegen einander kämpfen. Das Christentum läßt diesem Gebiete seine Selbständigkeit.

So war es auch unrichtig, wenn der Zentralausschuß für innere Mission 1885 und mit ihm Naumann 1890 vom christlichen Standpunkte forderten: „Man schaffe eine Minimalgrenze des Besitzes, die nach wirtschaftlichen und sittlichen Gesichtspunkten genügend hoch erscheint.“ Der große Fehler ist, daß hier eine wirtschaftliche Forderung (Minimalgrenze des Besitzes) als christliche Forderung auftritt. Die christliche Forderung ist nur: das Eigentum muß so gestaltet werden, daß es dem höhern Leben so viel als möglich dient. Das Wie muß einer sachmännischen Untersuchung vorbehalten bleiben. Die Gefahren einer andern Behandlung zeigt jene „Minimalgrenze des Besitzes,“ denn ihre praktische Undurchführbarkeit braucht nicht bewiesen zu werden. Sie würde wahrscheinlich das Gegenteil von dem wirken, wozu sie erdacht ist. Naumann selbst wird kaum noch diesen Plan vertreten. Freilich, jener Satz kann auch so aufgefaßt werden, daß er vollkommen unschädlich, aber in dieser Form auch wertlos ist. Was heißt denn „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten genügend hoch“? Jede volkswirtschaftliche Richtung wird vielleicht eine andre Antwort geben. Und „nach sittlichen Gesichtspunkten genügend hoch“? Wenn mir meine wirtschaftlichen Kenntnisse sagen, eine höhere Grenze des Besitzes, als augenblicklich besteht, ist für große Volkskreise nicht erreichbar, auch nie von ihnen erreicht worden, so muß ich mich auch nach sittlichen Gesichtspunkten damit begnügen, muß als Christ durch Liebesübung dem größten Elend abzuhelpen und das religiöse Leben auch unter diesen schwierigen Verhältnissen lebendig zu halten suchen. Ich denke nicht so pessimistisch, aber daß ich anders

denke, folgt nicht aus meinem Christentum, sondern aus meinen wirtschaftlichen Ansichten, und was so verschiedenen Ursprungs ist, sollte man auch nicht durcheinanderwerfen.

Es ist auch nicht richtig, zu sagen, das Christentum stimme einer sozialpolitischen Maßregel zu, wie es z. B. Pastor Schall in seinen Hamburger Reden thut. Das Christentum mag die Gefinnung billigen, aus der eine solche Maßregel hervorgeht; diese selbst muß von anderer Seite anerkannt und bestritten werden. Es giebt keine christliche Volkswirtschaftslehre, so wenig es eine christliche Geographie giebt; darum ist es auch unthunlich, einzelne Maßregeln und Vorschläge zu messen, ob sie der christlichen Idee entsprechen, wie Pastor Göhre thun wollte (vierter Evangelisch-sozialer Kongreß). Man bekäme dann nur ein Sammelsurium von Einzelheiten, die sich, volkswirtschaftlich betrachtet, vielleicht gegenseitig aufheben würden. Das Christentum bekämpft weder einzelne wirtschaftliche Vorschläge, noch ganze Systeme, sondern nur unchristlichen, materialistischen Geist, wo es ihn findet. Es wird darüber nur negativ urteilen, indem es auf die sittlichen Schäden hinweist, die dabei hervortreten; die Vorschläge und Versuche zur Abhilfe müssen aber dann von denen ausgehen, die dazu durch ihre Stellung oder ihre Kenntnisse den Beruf haben. —

Ich möchte hiermit aber nicht dem Christentum jede Bedeutung für die Lösung der sozialen Wirren absprechen. Die bisherigen Ausführungen sollen nur betonen, daß dem Christentum keine unmittelbare Gewalt über das soziale Leben zusteht, und daß es daher nicht unmittelbar bei sozialen Reformen mitwirken kann. Nun giebt es aber ein Gebiet, wo sehr viele eine solche unmittelbare Mitwirkung sehen, d. i. die innere Mission. Aber ich bin mit Pastor Schall überzeugt, daß die innere Mission gar nicht unmittelbar zur Heilung der sozialen Zerrüttungen beiträgt, ohne daß ich deshalb ihre Arbeit irgendwie verkleinern möchte. Ich greife ein bestimmtes Beispiel, die Arbeiterkolonien heraus. Nehmen wir an, die Arbeiterkolonien wären durch Heimatskolonien erweitert und überhaupt so vervollkommenet, daß sie alle arbeitswilligen Wanderer aufnehmen und ihnen eine neue Existenz verschaffen könnten. Sie würden dann offenbar ihre Aufgabe vollkommen erfüllen, aber zur Lösung der sozialen Frage ebenso wenig unmittelbar nützen wie jetzt. Denn nicht das ist in diesem Fall die zu lösende Aufgabe, jenen Wandrern irgend ein Unterkommen und eine Existenz irgend welcher Art zu verschaffen, sondern der Schaden liegt darin, daß unsre Wirtschaftsordnung fort und fort arbeitswillige Leute auf die Landstraße wirft, daß die fortschreitende Steigerung der Arbeit den Arbeiter immer früher für seinen Beruf untauglich macht und ähnliches. Diese Schäden aber werden auch durch die fehlerlosesten Arbeiterkolonien nicht geheilt, sondern höchstens vertuscht. Ähnlich ist es bei den andern Unternehmungen der innern Mission. Soll die innere Mission unmittelbar zur Lösung der sozialen Frage beitragen, so kann man nur sagen, daß sie diese Aufgabe

herzlich schlecht erfüllt. Und ebenso wird man über alle christliche und kirchliche Liebesthätigkeit urteilen müssen. Aber das ist ja nicht die Aufgabe aller dieser Einrichtungen; weder das Christentum, noch die Kirche, noch irgend eine Thätigkeit beider hat eine unmittelbar soziale Aufgabe. Wie für das Christentum das wirtschaftliche und soziale Leben nur als Mittel zu einem höhern Zweck in Betracht kommt, so läßt es diesem Leben auch seine Selbständigkeit und wirkt nicht unmittelbar, sondern mittelbar darauf ein.

Soll die Lösung der sozialen Frage mehr sein als Pflusarbeit an einem unheilbaren Kranken, so muß sie das Ziel haben, das Volk zu einer höhern Art wirtschaftlichen Lebens zu heben. Eine solche setzt aber eine höhere, allgemeine Sittlichkeit voraus. Auch bei der besten Form sozialer Ordnung werden alle vorhandenen Übel bleiben oder irgendwie wieder auftauchen, wenn die selbstsüchtigen Mächte im Volksleben ungeschwächt weiter wirken. Die sittlichen Mächte im Volke stärken und damit eine feste Grundlage sozialer Besserung schaffen, diese Arbeit muß mit jeder wirtschaftlichen Reform Hand in Hand gehen. Hier ist der Platz, wo die Kirche mittelbar zur Lösung der sozialen Frage helfen kann. Die christliche Religion enthält eine gewaltige Kraft sittlicher Erneuerung; diese Kraft kann aber nur da wirksam werden, wo sich das Christentum frei und ungehindert entwickeln kann, wo es also auch durch keine Nebenabsichten gehemmt und geschwächt wird. Je freier sich das Christentum seinem eignen Wesen gemäß auslebt, um so mehr hilft es mittelbar die sozialen Zerrüttungen heilen. Je weniger man eine unmittelbare soziale Thätigkeit vom Christentum verlangt, um so mehr wird es sozial wirken. Von diesem Gedanken aus bestimmte Professor Harnack auf dem letzten Evangelisch-sozialen Kongreß die soziale Aufgabe der Predigt: „Ich werde dann sozial am besten gepredigt haben, wenn ich den Menschen aus seinem gewöhnlichen Leben erhoben und zu Gott gebracht habe.“ Das ist aber die Aufgabe der Predigt schlechthin, eine besondere soziale Aufgabe hat sie gar nicht. In diese Aufgabe der Kirche, durch die sie mittelbar sozial wirkt, ordnet sich auch die ganze christliche und kirchliche Liebesthätigkeit ein. Sie ist, kurz gesagt, eine Thatpredigt des christlichen Geistes, die da hilft und heilt, wo andre nicht hinkommen, und Hoffnung auf Erfolg oft am geringsten ist. So wird sie auch nie sich selbst überflüssig machen; denn bei jeder sozialen Ordnung wird es verschuldetes und unverschuldetes Elend genug geben, unter jeder wird das Wort wahr bleiben: Arme habt ihr allezeit bei euch. So wird auch also christliche Liebesthätigkeit wie bisher als Predigt weltüberwindenden christlichen Geistes bleiben.

Eine Unklarheit oder ein Fehler ist es auch, von „sozialem Christentum“ zu reden. Das Christentum wirkt in der ausgeführten Weise sozial, wenn es überhaupt wirkt; preßt man es aber zu einer unmittelbaren sozialen Thätigkeit, so muß es seine Kraft einbüßen. Soll der Ausdruck „soziales Christen-

tum“ das erste bedeuten, so ist er eine Tautologie, die höchstens in der Polemik ein Recht hat, einem unsozialen Christentum gegenüber, das zu einer Standesreligion der Privilegierten entartet ist. Soll „soziales Christentum“ mehr bezeichnen, so ist es ein verfehlter Gedanke, der das Christentum zu einer Standesreligion der Enterbten machen würde, die nicht besser wäre, als jede andre Standesreligion.

Etwas anders ist die Frage, ob ein Geistlicher eine soziale Tätigkeit entfalten solle im eigentlichen Sinne des Wortes. Der Geistliche ist ja zugleich Staatsbürger und hat gewiß Recht und Pflicht eines solchen. Eine solche Arbeit eines Geistlichen kann gewiß recht heilsam sein — Raumanns Auftreten hat auf viele Sozialdemokraten großen Eindruck gemacht und dem Christentum gewiß vielfach offene Ohren bereitet. Und eine solche Erfahrung steht ja keineswegs vereinzelt. Allein wichtiger erscheint uns jene soziale Tätigkeit, die des Geistlichen erster Beruf ist. Man könnte sich dafür auch auf das Neue Testament berufen, wo von sozialer Tätigkeit anderer Art nichts berichtet wird, aber dort fehlt der Begriff eines Staatsbürgers im modernen Sinn, und auch sonst hindert manches eine unvermittelte Anwendung.

Darum habe ich auch große Bedenken, von einer „sozialen Tätigkeit“ Jesu zu reden. Das kann nur in dem Sinne richtig sein, daß Jesus die Religion gebracht und gelehrt hat, die in ihren sittlichen Folgerungen die beste Grundlage jeder sozialen Ordnung bildet. Eine unmittelbare soziale Tätigkeit hat Jesus nach dem, was uns von seinem Leben überliefert ist, nie geübt. Seine Heilungen haben ebenso wenig die sozialen Schwierigkeiten jener Tage heben helfen, wie die innere Mission in unsrer Zeit. Ob die vielen Heilungen, von denen die Evangelien berichten, wie Raumann sagt, „die Kraft des Volks gehoben und so sozial gewirkt haben,“ bezweifle ich. Darüber könnte erst eine wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung der Zeitverhältnisse entscheiden. In unsern Tagen würden so viele Heilungen nur das Arbeitsangebot plötzlich vermehren und die Schwierigkeiten steigern. Sozial gewirkt hat auch Jesus nur durch den Geist, den er brachte.

Am klarsten sieht man den Unterschied zwischen sozialer Tätigkeit so und so, wenn man den oft gehörten Ausspruch betrachtet: „Wären wir alle rechte Christen, so wäre die soziale Frage gelöst.“ Nein, keineswegs; wir würden dann nur die sozialen Mißstände viel schmerzlicher empfinden als jetzt. Zu ihrer Beseitigung könnte man auch dann nur durch geschichtliche und wirtschaftliche Studien, durch viele praktische Versuche, durch eine lange Entwicklung u. a. gelangen; ganz wie jetzt. Und doch nicht ganz wie jetzt. Wären wir alle rechte Christen, so hätten wir für alle sozialen Versuche und Pläne einen weit bessern Boden, wir hätten die sittlichen Kräfte, um wirklich zu einer vollkommenen sozialen und politischen Ordnung zu gelangen und diese auch festzuhalten.

Carlyle gebraucht das Wort „Glaube“ für die Gesamtheit aller übersinnlichen Dinge, die dem Menschen zweifellos gewiß sind. Die soziale Frage kann nur mit einem solchen Glauben gelöst werden, der das irdische einem höhern unterordnen lehrt, der Hoch und Niedrig mit einander verbindet, der die Reichen zu Opfern und Entfagung, die Armen zu Geduld und treuer Arbeit willig macht, wo auch kein unmittelbarer Erfolg zu sehen ist. Einen solchen Glauben wirkt das Christentum, darum muß es zur beherrschenden Macht des Volkslebens werden. Wie das geschehen kann, darüber gehen kirchliche wie theologische Richtungen weit auseinander, aber sie arbeiten alle daran. Je weniger sich Theologie und Kirche in ihrer Arbeit von diesem einen Ziel abdrängen lassen, um so mehr wird ihre Tätigkeit in Wahrheit sozial sein, denn die Zerfahrenheit unsrer Zeit zu einem lebenskräftigen Glauben neu zu gebären, das ist die soziale Aufgabe des Christentums.



Natur und Behandlung des Verbrechers

2



Das sechste Kapitel des Ellis'schen Buches ist der Behandlung des Verbrechers gewidmet, also der Heilung des Übels. Bis jetzt giebt es nichts, was diesen Namen verdiente. Von der Kriminaljustiz und dem Gefängniswesen der modernen Staaten sagt Ellis, es gebe unter den Sachverständigen nur eine Klasse, die diese Einrichtungen nicht nur nicht verurteile, sondern damit höchlich zufrieden sei: die der alten Zuchthäusler. Daß von den verschiedenen Zwecken, die ein irdisches Strafgericht verfolgen kann, durch unsre heutigen Strafen kein einziger erreicht, ja daß ihnen vielfach entgegengewirkt wird, erkennen die Denkenden ziemlich allgemein an. Ohne uns streng an das vorliegende Buch zu halten, wollen wir nachstehend kurz zusammenfassen, was sich über den Gegenstand sagen läßt.

Wenn als Zweck der Strafrechtspflege die Wiederherstellung der verletzten Gerechtigkeit bezeichnet wird, so kann damit zweierlei gemeint sein: die Wiedergutmachung des angerichteten Schadens, und die Zufügung eines der begangenen Übelthat entsprechenden Strafübels. Im erstern Sinne hat das germanische Wergeldsystem Gerechtigkeit geübt, so weit sie sich irgends üben läßt, und da die Entschädigung des Verletzten viel wichtiger ist als eine Peinigung des Missethäters, von der niemand einen Vorteil hat, so war diese Strafweise vernünftig. Das jus talionis: Aug um Auge, Zahn um Zahn, das bei andern